

Skepsis gegenüber einer allgemeinen Schulpflicht ab vier Jahren

von Robert Nef*

Das Kind gehört sich selbst und seinen Eltern und nicht dem Staat. Die allgemeine obligatorische Schulpflicht war eine Errungenschaft des liberaldemokratischen laizistischen Staates. Das ändert nichts an der Tatsache, dass die Schulpflicht allen Eltern und Kindern einen Zwang auferlegt. Was an Verstaatlichung im 19. Jahrhundert als Abwehr des konfessionell dominierten Schulwesens möglicherweise notwendig war, hat für das 21. Jahrhundert keinen Modellcharakter mehr. Heute geht es um die Befreiung des Bildungswesens aus den egalitären staatlichen Fesseln und um den schrittweisen Übergang zu flexibel und autonom gestalteten Formen der Kombination von Lernen, Arbeiten und Musse während des ganzen Lebens.

Kein Beitrag zur Chancengleichheit

Der Reifungsprozess im bisherigen Vorschulalter ist sehr individuell. Was für das eine Kind gut ist, ist für ein anderes eine Überforderung und für ein drittes eine Unterforderung. Die obligatorische frühe Einschulung von Jahrgangsklassen schafft daher unweigerlich Probleme. Es gibt so immer mehr Institutionen, die selektionieren und dann Ausnahmen regeln, und es werden schon früh kollektiv «Sonderfälle» geschaffen. Harnos leistet keinen Beitrag zur sogenannten «Chancengleichheit». Die Meinung, man könne durch obligatorische frühere Einschulung Chancengleichheit fördern, ist empirisch nicht erhärtet. Zwar werden offenbar die Bildungsferneren gefördert, aber die frühere Einschulung dürfte die Leistungsunterschiede eher markanter spürbar machen als abschwächen. Es wird eine Zahl von Kindern geben, die schon mit fünf sehr gut schreiben und lesen, andere werden früh «abgehängt». Gibt es nachher im Anschluss an diese selektionierende Startphase altersunabhängige Leistungsklassen (wie etwa in Frankreich) und eine spezielle Förderung der Begabten, oder kommt der Moment, wo jene mit einem Vorsprung sich langweilen und disziplinarische Schwierigkeiten machen oder vorzeitig resignieren? Die Betonung von «mehr Chancengleichheit» durch frühere Einschulung nährt die Vermutung, dass die ganze Harmonisierung letztlich zulasten der Leistungsfähigeren geht und zulasten derjenigen, die zu Hause mehr und anderes lernen als in der Schule. - Gibt es tatsächlich nur positive Erfahrungen mit der Einführung des Kindergartenobligatoriums? Hat man die bisherigen Erfahrungen auch kritisch ausgewertet, oder war die beobachtende Begleitung dieser Neuerung ausschliesslich in den Händen derer, die sie propagieren und professionell davon abhängig sind? In der Regel generieren Obligatorien und Harmonisierungen neue Ausnahmen, Spezialfälle, Grenzfälle, Ausnahmegewilligungen, das heisst nicht nur Nutzniesser, sondern auch Opfer und Kosten. Die Schulpflicht ab vier Jahren verletzt das Subsidiaritätsprinzip, sowohl gegenüber Familien und privaten Organisationen als auch gegenüber dem Stufenbau im Staat. Es wird ein Problem zentral geregelt, das bisher kantonal, kommunal oder privat war. Kleinräumige oder private Lösungen sind zwar nicht unbedingt besser, und es gibt durchaus Gründe für eine Harmonisierung. Diese bedeutet aber immer auch Nivellierung. Die Chance, die darin steckt, dass man Experimente zunächst im kleinen Rahmen durchführen und nachher auswerten, kopieren oder vermeiden kann, sollte nicht unterschätzt werden. Harmonisierung verringert Chancen des Lernens durch Vielfalt und Vergleich und erschwert abweichendes Verhalten bei kollektiven Irrtümern des vorherrschenden pädagogischen Zeitgeistes.

Kostenschub durch Harnos

Das Problem des Schulwechsels als Folge des Wohnortwechsels ist ernst zu nehmen. Es existiert allerdings auch bei harmonisierten Lehrplänen, da der Wechsel der Lehrperson und der Schulklasse unabhängig vom Lehrplan für viele Schüler psychisch belastender ist als ein Systemwechsel. Ob der Wechsel gelingt, hängt mehr vom Geschick der Lehrpersonen ab als von der Einheitlichkeit der Systeme. Wahrscheinlich bewirken ausgerechnet Inkompatibilitäten im System bei Lehrpersonen jene Geduld und Toleranz, die bei allen Übergangs- und Anpassungsprozessen unabdingbar sind. Eine bürokratische Vereinheitlichung der Lehrmittel

und Programme löst die überwiegend psychologischen und gruppensdynamischen Probleme eines Wohnorts- und Schulwechsels nicht. Harmos wird einen Kostenschub im Schulwesen auslösen, der nicht thematisiert wird. Selbst wenn man davon ausgeht, dass genügend personelle und räumliche Kapazitäten da sind und in Kantonen mit bestehender Kindergartenpflicht lediglich die Terminologie von «Kindergarten» zu «Schule» wechselt, dürfen die Kostenfolgen nicht unterschätzt werden. Das belastet die Staatsquote, ohne dass dabei notwendigerweise ein Nutzen geschaffen wird. Mehr Schulzeit, mehr Schule und mehr Geld für die Schule bedeuten nicht automatisch ein Mehr an Wissen und Können, Glück, Innovationen und Produktivität.

Kinder sind ein hohes Lebensgut

Die allgemeine Schulpflicht hat die individuelle Sozialisierung im Familienverband - mindestens zum Teil - abgelöst. Die Familien sind generell kleiner geworden. Der Stellenwert der Erziehung im Kleinkindesalter im Hinblick auf Werthaltungen, Vorbildwirkung von Eltern, Geschwistern und Grosseltern und andern privaten Bezugspersonen darf aber weiterhin nicht unterschätzt werden. Dort, wo die häusliche Umgebung qualifiziertere Bildungswerte vermittelt als das gemischte Kollektiv in der Schule, dürfte durch die Vorverlegung des Schulzwangs eine Nivellierung nach unten stattfinden. Dafür gibt es wohl gewisse Vorteile für Bildungsferne und Immigranten. Aus liberaler Sicht ist aber der Preis der Nivellierung nach unten zu hoch. Die frühe Schulpflicht wird auch als Massnahme der Frauenförderung propagiert. Sie unterliegt dem Trugschluss, dass Kinder lediglich eine zeitliche und finanzielle Belastung darstellen, die Eltern so früh wie möglich an den Staat abschieben wollen. Selbst wenn eine Mehrheit dies tun will, soll eine Minderheit nicht dazu gezwungen werden. Die Kleinkindererziehung ist für Väter und Mütter auch eine grosse Chance. Auch Eltern werden erzogen und gezähmt - durch ihre Kinder. Warum soll man jenen Frauen und Männern, die den Kontakt mit Kindern als bildend und bereichernd empfinden, diese Chance wegnehmen? Auch hier geht es allenfalls um Minderheiten, aber um Minderheiten, die aus liberaler Sicht besonders schutzwürdig sind. Zeit mit Kindern ist viel wert, und wer staatliche Schulzeit zulasten der Familienzeit ausweitet, nimmt jenen Eltern, die Familienzeit schätzen, etwas weg. Jene Familienpolitik, welche nur finanzielle Entlastung der Eltern durch kollektive, staatsfinanzierte Institutionen als «familienfördernd» betrachtet, beruht auf Irrtümern. Die Familie wird auch dadurch gefördert, dass man sie in ihrer Notwendigkeit wirksam bleiben lässt und herausfordert. Aus liberaler Sicht sollte man die Botschaft ins Zentrum stellen, dass Kinder eines der höchsten Lebensgüter sind. Man kann sie mit keinem Geld kaufen, und der Nutzen übersteigt - aufs Ganze gesehen - bei weitem die Kosten. Eltern, die der Kindererziehung einen hohen Stellenwert einräumen, haben meist mit den in der Schule und vorwiegend durch Altersgenossen vermittelten Werten (bzw. Unwerten) etwelche Mühe. Es wird heute immer schwieriger, die Familie als eine vor allerhand modisch-zivilisatorischem Unsinn geschützte Kleingruppe zu behaupten. Warum sollte man nicht die Möglichkeit schaffen, massgeschneiderte Vorschulinstitutionen und auch Schulen in privater Initiative zu gründen, die einer qualifizierteren Vorstellung der Wertvermittlung genügen? Wenigstens für die Vorschulerziehung sollte es noch vielfältige Experimente auf einem offenen Markt ohne Obligatorium geben. Warum kommt ausgerechnet hier kollektive Einfalt vor individueller Vielfalt? Warum sollen ausgerechnet hier jene Minderheiten, auf die es später einmal ankommt, nicht geschützt werden vor dem kollektiven Zwang zugunsten einer Mehrheit von Bildungsfernen?

* Der Autor ist Präsident des Stiftungsrates des Liberalen Instituts.